

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)

des Integrationsrates

am Mittwoch, **24.04.2013**, 18:10 Uhr - 20:30 Uhr,
Lublin-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Hüseyin Avlar , Joachim Bruns , Mehmet Akif Cetinkaya , Yildirim Eroglu , Sylvie Eschkotte , Dr. Diraid Ibrahim , Türkan Kurt , Felix Ruben Manrique Barrera , Spyridon-Paul Marinos , Franziskus-Pius Graf von Merveldt , Dr. Musa Mohammad Omar , Ahmet Özdemir , Pascal Powroznik , Deler Saber , Petra Seyfferth , Dr. Georgios Tsakalidis , Robert von Olberg , Sandra Wübken , Dr. Ömer Lütfü Yavuz ,

von der Verwaltung

Jochen Köhnke , Michaela Robert ,

für die Schriftführung

Regina Etienne ,

Es fehlten:

Christoph Kattentidt , Manfred Kehr , Aynur Küçük , Antonio Machado da Silva , Hoang Ngan Nguyen , Kakha Tandilashvili , Peter Wolfgarten , Ahmet Yesilyaprak ,

Gäste:

Herr Pit Budde (Karibuni Weltmusik)

Frau Josephine Kronfli (Karibuni Weltmusik)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- | | |
|-------------------------|---|
| | 1. Eingänge und Mitteilungen |
| | 2. Anhörungen |
| <u>V/0142/2013</u>
V | 2.1. Unterbringungskonzept für Flüchtlinge in Münster - Standort Nienberge |
| | 3. Berichte |
| | 3.1. Karibuni - Kulturveranstaltungen - Bericht von Pit Budde zur Arbeit und zum Konzept |
| <u>V/0136/2013</u>
V | 3.2. Integrationsmonitoring 2012 |
| <u>V/0175/2013</u>
V | 3.3. Verfahren zur Neuausrichtung der Richtlinien für die Bezuschussung von Begegnungsstätten |
| | 4. Entscheidungen |
| <u>V/0210/2013</u>
V | 4.1. Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten |
| <u>V/0252/2013</u>
V | 4.2. Wahl des/der 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Integrationsrates |
| <u>V/0254/2013</u>
V | 4.3. Gewährung eines pauschalen Auslagenersatzes |
| | 5. Berichte aus den Ausschüssen |
| | 6. Verschiedenes |

Der Vorsitzende, Herr Marinos, eröffnete die Sitzung um 18.10 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Frau Nugyen, Herr Kehr und Herr Kattentidt konnten an der Sitzung nicht teilnehmen und ließen sich entschuldigen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Marinos gab folgende Veranstaltungshinweise:

1. Welttag des Buches am 23.04.2013

Verschiedene Lesungen finden statt.

2. Veranstaltung zum 01. Mai

Vom Deutschen Gewerkschaftsbund organisiert.

3. Initiative

Eine Zeitung soll in arabischer Sprache aufgelegt werden.
Speziell für Schüler und Eltern mit Veranstaltungshinweisen.

4. Sommerfest des AstA

Das Sommerfest findet am 08.06.2013 statt.

5. Anti-Rassismus-Seminar

An zwei Tagen (08.06., 17.00- 20.00 Uhr, 08.06., 11.00 – 17.00 Uhr)
findet ein Rassismus-Seminar statt.
Fachleute stellen wissenschaftliche Methoden vor, wie man Rassismus
effektiv begegnen kann.

6. Einladung der Roma

Der Kulturverein „Gottes Weg Münster“ e.V. wird an der Trauttmansdorffstraße 73
ein Kultur- und Musikfest veranstalten und lädt die Mitglieder des Integrationsrates
dazu ein.

7. Das Herdelezi Fest der Roma am 05.05.2013 „Am Hoppengarten“

Frau Elvira Ajvazi hat auch dieses Jahr wieder das Fest organisiert. Sie bittet
um Unterstützung.

8. Gedenktag: 80. Jahrestag der Bücherverbrennung

Mit verschiedenen Lesungen an verschiedenen Plätzen wird an diesem Tag
der Bücherverbrennung vor 80 Jahren gedacht.

9. Aufruf

Sportvereine ansprechen: Mitglieder werben und aufklären

10. Hygieneschulung vom Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten

In Vorbereitung auf das Interkulturelle Fest im September bietet die Stadt Münster
eine – sonst kostenpflichtige – Hygieneschulung kostenlos an. Die Mitglieder wurden
gebeten, diese Information zu verbreiten.

11. Jahrestag des Brandanschlags in Solingen

Dem Brandanschlag auf eine Familie in Solingen vor 20 Jahren wird in Solingen
am 29.05.2013 in einer Trauerfeier gedacht.

Herr Marinios erteilte Herrn Köhnke das Wort und dieser führte aus:

1. Nachtrag zur Mitteilung aus der vorangegangenen Sitzung in Bezug auf die „Blaue Karte“

Diese Mitteilung, die Bezug nahm, auf die Mitteilung aus der vorangegangenen Sitzung, gab
Herr Köhnke zum Protokoll:

„Bundesinnenminister Friedrich zieht nach sechs Monaten Blaue Karte eine positive Bilanz

Am 1. August 2012 wurde in Deutschland die Blaue Karte EU eingeführt. In den ersten sechs Monaten wurden 4.126 Blaue Karten EU in Deutschland erteilt. (...)“

Die Frage aus dem Gremium, wie die Zahlen für Münster aussehen, hat gestern Herr Schlumm, Amtsleiter vom Ausländeramt, wie folgt beantwortet:

„Seit Einführung der "Blauen Karte EU" am 01.08.2012 wurde in Münster bis zum 16.04.2013 45 mal ausgestellt.

Die Karten verteilen sich auf folgende Berufsbereiche:

Medizin	21
IT	6
Ingenieure	4
Wissenschaftliche Mitarbeiter	6
Sonstige	8

”

2. Ankündigung des Versands der Dokumentation der Veranstaltung „Nachhaltige Personalentwicklung als Erfolgsfaktor“

Es wurden zwei Exemplare in Umlauf gegeben. Aufgrund der kleinen Auflage soll den Mitgliedern diese Dokumentation per E-mail zugesandt werden.

Das PDF-Dokument wird im Sitzungsprogramm als Anlage hinterlegt.

3. Die 13. Münsteraner Konflikttagung

Das "Netzwerk Gewaltprävention und Konfliktregelung Münster" plane aktuell die 13. Münsteraner Konflikttagung zum Thema "Ausgrenzung - Integration - Teilhabe, ein Wechselspiel". Zielgruppe der Fachtagung sind Fachkräfte aus Schule und Jugendhilfe.

Die Fachtagung findet alle 2 Jahre und jetzt wieder am 13.11.2013 statt.

Ansprechpartnerin in der Koordinierungsstelle ist Andrea Reckfort.

4. Broschüre "Das Bundesamt in Zahlen 2012" - Modul Asyl

„ Das erste Modul der Broschüre bietet eine detaillierte Darstellung und Analyse der Zahlen zu Asylanträgen und Entscheidungen. (Mitteilung vom 22.03.2013)

Aktuelle Zahlen zu Asylanträgen, zur ethnischen Herkunft und Religionszugehörigkeit der Asylbewerber, zum Dublinverfahren, zu Entscheidungen über Asylanträge, zum Flughafenverfahren

ren, sowie zu anhängigen Verfahren beim Bundesamt bietet das erste Modul der Broschüre "Das Bundesamt in Zahlen 2012".

Als solide Datenbasis für die tägliche Arbeit des Bundesamts im Bereich des Asyls bildet sie die Grundlage für eine sachliche Diskussion rund um das Asylgeschehen in Deutschland.

Die noch fehlenden Kapitel zu Asyl im internationalen Vergleich, zu Gerichtsverfahren, zur Zu- und Abwanderung aus dem AZR, zu den Strukturdaten der ausländischen Bevölkerung sowie zu Integrationskursen werden nach Vorliegen der entsprechenden Statistiken sukzessive in modularer Form veröffentlicht.

Voraussichtlich im Mai werden alle Daten und Kapitel der Broschüre "Das Bundesamt in Zahlen 2012" vorliegen, so dass das Gesamtwerk in gewohnter Form zur Verfügung gestellt werden kann.

Diese Broschüre ist im Internet als „Download“ abrufbar.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge „

5. 5.579 Asylerstanträge im März 2013

„Gesamtzuschutzquote für alle Herkunftsländer im Jahr 2013 bei 33,0 Prozent (Mitteilung vom 16.04.2013)

Im Monat März verzeichnete das Bundesamt 5.579 Erstanträge. In diesem Zeitraum waren die Russische Föderation mit 1.004 Erstanträgen, gefolgt von Syrien (552 Erstanträge), Afghanistan (459 Erstanträge), Serbien (385 Erstanträge) und Iran (275 Erstanträge) die am stärksten vertretenen Herkunftsländer.

Im ersten Quartal des Jahres nahm das Bundesamt 19.086 Asylerstanträge entgegen. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 12.172 Erstanträge, was einen Zuwachs von 56,8 Prozent bedeutet. Auch die Zahl der Folgeanträge stieg im Jahr 2013 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert um 2,4 Prozent auf 2.434 Folgeanträge. Damit gingen im Jahr 2013 insgesamt 21.520 Asylanträge beim Bundesamt ein. (...)

Gesamtzuschutzquote im März für alle Herkunftsländer bei 38,2 Prozent

Die Gesamtzuschutzquote für alle Herkunftsländer für das bisherige Jahr 2013 liegt bei 33,0 Prozent (4.909 positive Entscheidungen von insgesamt 14.879). Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreswert stieg die Gesamtzuschutzquote somit um 13,2 Prozent-Punkte. Für den Monat März 2013 lag die Gesamtzuschutzquote für alle HKL bei 38,2 Prozent (2.171 positive Entscheidungen von insgesamt 5.690). (...)

Quelle: Bundesministerium des Innern „

Herr Köhnke berichtete weiter von einer Veröffentlichung des BAMF und gibt diese Mitteilung zum Protokoll:

6. Von der Ausländer- zur Willkommensbehörde (Mitteilung vom 25.03.2013)

„Das Expertengremium „Runder Tisch Aufnahmegesellschaft“ unter der Moderation des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat heute seinen Abschlussbericht „Willkommens- und Anerkennungskultur“ veröffentlicht. Die 22-seitige Publikation richtet sich an Akteure

der Integrationsarbeit und enthält praktische Handlungsempfehlungen für die Arbeit vor Ort. Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur

„Wir möchten, dass Zuwanderer in Deutschland willkommen sind und ihre mitgebrachten Potenziale noch stärker anerkannt werden“, beschreibt Dr. Manfred Schmidt, Präsident des Bundesamts, die Intention der Empfehlungen. Das Gremium hatte seine Arbeit im Januar 2012 aufgenommen und sich in zwei Arbeitsgruppen mit der praktischen Umsetzung einer Willkommens- und Anerkennungskultur sowie Strategien der interkulturellen Öffnung durch politische Bildung auseinandergesetzt.

Im nun vorliegenden Papier werden unter anderem bedarfsgerechtere Informations- und Beratungsangebote für Zuwanderer angeregt. *„Willkommensberatung muss bereits im Heimatland einsetzen und mehrsprachig angeboten werden“*, so Schmidt. Bereits mit dem Visum sollen „Willkommenspakete“ mit umfangreichen Informationen zum Leben in Deutschland ausgehändigt werden. Ausländerbehörden vor Ort sollen durch verschiedene organisatorische Maßnahmen zu „Willkommensbehörden“ weiterentwickelt werden. (...)

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“

Herr Köhnke berichtete außerdem von den steigenden Teilnehmerzahlen bei den Integrationskursen.

7. EU-Bürger besuchen Integrationskurse

Laut einer Veröffentlichung des BAMF haben im Jahr 2012 rund 29.000 EU-Bürgerinnen und -Bürger in Deutschland einen Integrationskurs des Bundesamts begonnen.

Bei der Bestehensquote der anschließenden Sprachprüfung wurde ein neuer Rekordwert erzielt.

Die Steigerung der freiwilligen Teilnahme an diesen Kursen lag bei über 50%.

Damit beendete Herr Köhnke seine Mitteilungen an das Gremium.

Aus dem Gremium meldete sich Herr Powrozinik.

1. Veröffentlichung zum Bildungs- und Teilhabepaket

Sein Hinweis galt einer Veröffentlichung des Amtes für Schule und Weiterbildung. In 8 Sprachen wird hier auf das Bildungs- und Teilhabepaket NRW hingewiesen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Anhörungen

Punkt 2.1 der Tagesordnung V/0142/2013

Unterbringungskonzept für Flüchtlinge in Münster - Standort Nienberge

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Nach Entscheidung des Rats zu den Vorlagen 731/00, 731/00/E1 und 167/01,

167/01/E1 sind im Stadtgebiet entsprechend dem Bedarf Flüchtlingseinrichtungen zu errichten. Der Bedarf orientiert sich an den Zuzügen von Flüchtlingen und der Auslastung der vorhandenen Unterbringungskapazitäten.

2. Auf der dafür vorgesehenen Fläche in Nienberge, Neubaugebiet Waltruper Weg, wird nach dem bestehenden Konzept zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen eine Einrichtung für 50 Flüchtlinge errichtet werden. Die Baumaßnahme wird durch die Wohn + Stadtbau GmbH ausgeschrieben und bis zur schlüsselfertigen Übergabe betreut. **Im Hinblick auf eine kürzere Bauzeit ist neben der konventionellen Bauweise auch eine Errichtung in Fertighaus- oder Systembauweise zu prüfen.** Die Stadt Münster wird die von dem Investor errichtete Einrichtung nach Fertigstellung anmieten. Die Wohn + Stadtbau GmbH agiert diesbezüglich im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Kosten und Folgekosten:

Die Miet- und Betriebskosten der neuen Flüchtlingseinrichtung –einschließlich der Kosten für die persönliche Betreuung der Flüchtlinge sowie die hausmeisterischen Tätigkeiten- sind Gegenstand der konkreten Planung und der einzelnen Beschlüsse, die in der Folge von den zu beteiligenden parlamentarischen Gremien zu fassen sind. Die Verwaltung beabsichtigt das Flüchtlingswohnheim nicht selbst zu errichten, sondern wie in der Vergangenheit von einem Wohnungsbauträger errichten zu lassen und anschließend anzumieten. Zu diesem Zweck soll die Liegenschaft von dem Wohnungsbauträger erworben werden.

Mittelbereitstellung/Finanzierung

Investitionskosten für den Bau fallen bei diesem Modell nicht an und sind deshalb weder im aktuellen Haushalt noch in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten.

Die Finanzierung der später entstehenden Einrichtungs-, Miet- und Betriebskosten wird in einer gesonderten Vorlage dargestellt.

Nach kurzer Diskussion und dem Hinweis von Herrn Powroznik, dass es keine „belastbaren Analysen“ gibt, die darüber Auskunft geben würden, wie hoch die Einsparung gegenüber der konventionellen Bauweise wäre, hat sich das Gremium für die geänderte Fassung des Vorlagentextes einstimmig entschieden.

Herr Marinos rief zu Abstimmung über die geänderte Vorlage auf. Das Gremium beschloss einstimmig, dem Rat **die geänderte Beschlussvorlage** als Ergebnis seiner Vorberatung zu empfehlen.

Begründung:

Die bundesweiten Asylantragszahlen sind seit Anfang 2012, nach einer leicht rückläufigen Tendenz im November und Dezember letzten Jahres, weiterhin stark ansteigend. Die Erstaufnahmereinrichtungen des Landes NRW verteilen die Flüchtlinge nach einem festgelegten Schlüssel an die Städte und Gemeinden. Der bundesweite Trend eines verstärkten Zuzugs von Flüchtlingen wirkt sich zeitverzögert auf die Kommunen aus. Aktuell gibt es verstärkt Zuweisungen des

Landes von Asylantragsstellerinnen und Asylantragsstellern aus Syrien und auch aus nordafrikanischen Konfliktregionen. In Münster ist ein deutlicher Anstieg der unterzubringenden Flüchtlinge eingetreten.

Der Stadt Münster sind für das Jahr 2013 bereits 127 Menschen zugewiesen worden. Zum Vergleich: In den Monaten Januar bis März 2012 waren dies 84 Personen und in der Zeit von Januar bis März 2011 waren es 42 Personen.

Die Belegungsquote in den Flüchtlingseinrichtungen beträgt mehr als 100 %, obwohl unter Berücksichtigung von Familienzusammengehörigkeit, -größe und Unterschiedlichkeit bzw. Konfliktpotenzial der Ethnien bereits bei einer 85%igen Belegung, die eigentliche Vollbelegung erreicht ist.

Die Stadt Münster hat im Januar 2013 den zusätzlichen Bedarf an Unterbringungskapazitäten für Flüchtlinge auf 120 zusätzliche Plätze prognostiziert. Durch den Wiederanstieg der Zuzugszahlen und die insgesamt lang anhaltend steigende Tendenz an Flüchtlingszuzügen muss diese Prognose korrigiert werden.

Aus der schwierigen Situation heraus hat die Sozialverwaltung in verschiedenen Stadtteilen Ausweichquartiere angemietet und es leben bereits ca. 20 Personen in Hotels. Eine **vorübergehende** Unterbringung in Container- bzw. Raumelementbauweise ist darüber hinaus unausweichlich.

In den Jahren 2000/2001 wurde ein Konzept zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen im Rat verabschiedet. Seitdem werden 12 Standorte in den Stadtteilen für eine Bebauung mit Flüchtlingseinrichtungen vorgehalten. Diese Grundstücke sollen entsprechend des Bedarfes bebaut werden. Seit 2003 wurden 4 Standorte (Albachten/Dülmener Straße, Hilstrup/Meesenstiege, Von-Esmarch-Straße, Nordkirchenweg/Kappenberger Damm) realisiert.

Auf den Standorten in Roxel und Wolbeck sollen, so entschied der Rat am 06.02.2013, zwei weitere Flüchtlingseinrichtungen für jeweils 50 Personen entstehen. Dieser Entscheidung ging ein Mediationsprozess voraus, in dem für diese zwei Standorte plädiert wurde. Auf Platz 3 folgte der Standort in Nienberge im Baugebiet Waltruper Weg mit deutlichem Abstand zu Gelmer und Sprakel.

Mit seinem Errichtungsbeschluss zu den Flüchtlingseinrichtungen in Roxel und Wolbeck hat der Rat die Verwaltung aufgefordert, für den Standort Nienberge eine Kosten-Nutzen-Einschätzung vorzulegen. Erbeten wurde eine vorsichtige Prognose hinsichtlich der Notwendigkeit einer dritten neuen Einrichtung. Hintergrund war die Unsicherheit, ab wann die weitere Entwicklung der Flüchtlingszahlen eine dauerhafte Einrichtung insbesondere unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten Provisorien vorzuziehen ist. Die wieder ansteigenden Asylantragszahlen auf Bundesebene, die Antragszahlen aus den Monaten Januar und Februar zählen zu den fünf höchsten Werten der vergangenen Jahre, die zusätzliche Aufnahme von 5.000 syrischen Flüchtlingen auf Bundesebene und die fehlenden Aussichten auf eine durchgreifende Veränderung lassen den Unterbringungsdruck praktisch unverändert. Gleichzeitig können die provisorischen Lösungen sowohl unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als auch im Hinblick auf die Situation in und um die Einrichtungen nur kurzfristig tragen.

Daher ist es erforderlich, auch den Standort in Nienberge zu bebauen.

Punkt 3 der Tagesordnung**Berichte**

Frau Kurt meldete sich zu Wort.

2. Radio Kaktus – ein Bericht

Frau Kurt berichtete von einer Reportage zur Arbeit von Radio Kaktus im Radio.

Punkt 3.1 der Tagesordnung**Karibuni - Kulturveranstaltungen - Bericht von Pit Budde zur Arbeit und zum Konzept**

Zu Gast waren Herr Pit Budde und Josefine Kronfli (Karibuni Weltmusik).

Beide stellen sich und Ihre Projektarbeiten vor. Das von Ihnen „erfundene“ Genre „Weltmusik für Kinder“ macht es möglich, dass in pädagogischen Projekten mit diesem Repertoire die Kultur verschiedener Länder über das Empfinden der Musik aus diesen unterschiedlichen Kulturkreisen bei Kindern gefördert wird. Oft werden dabei Fähigkeiten von Kindern deutlich, die ansonsten nicht zu Tage treten können. Ihr Selbstbewusstsein wird gestärkt und ihr Verständnis füreinander verbessert.

Unter ihrer Regie wurden Ende letzten Jahres zwei Weihnachtskonzerte in Schulen gegeben.

Gerade jetzt findet ein Projekt seinen Abschluss: Ein Mitmachkonzert im Rathausfestsaal wird am nächsten Tag stattfinden. Die Schüler aus 7 Schulen, an denen Karibuni während des Schuljahres in pädagogischen Musikprojekten darauf hingearbeitet haben, werden dieses Konzert gemeinsam gestalten. Es werden circa 250 – 300 Kinder in Bussen von den Stadtwerken Münster von den Schulen zum Rathaus gebracht werden.

Herr Budde und Frau Kronfli haben dargestellt, wie erfolgreich Ihre Projekte sind. Schwierig sei aber immer wieder die Unterstützung seitens der öffentlichen Auftraggeber. Es würde immer sehr kurzfristig über Aufträge entschieden und es sei für ihre Arbeit sehr schwierig die Termine immer frei zu halten. Sie drückten an dieser Stelle ihr Bedauern aus, dass dies nicht in einer anderen Form zu regeln sei. Die Nachfrage sei sehr groß. Viele Schulen stünden auf der Warteliste. Die Finanzierung wird mit 70% vom Land und mit 30% von der Stadt Münster bestritten, wobei sich der Anteil der Stadt Münster konkret auf 7.600 € beläuft.

Es folgte eine Diskussion mit Fragen zum Konzept und zur Finanzierung.

Herr Marinos bedankte sich für den Besuch und den interessanten Einblicken in diese Arbeit. Er sprach seine Einladung an Karibuni zum Interkulturellen Fest am 28.09.2013 an dieser Stelle aus.

Herr Budde und Frau Kronflis boten an, eine CD zur Verfügung zu stellen. Herr Marinos soll diese erhalten und kann diese an Interessenten weiter geben.

**Punkt 3.2 der Tagesordnung
V/0136/2013****Integrationsmonitoring 2012**

Herr Köhnke verlas zunächst die Stellungnahme zum Beschluss des Ausschusses für Gleichstellung vom 16.04.2013 zur Vorlage V/0136/2013:

„Stellungnahme zum Beschluss des Ausschusses für Gleichstellung vom 16.04.2013 zur Vorlage V/0136/2013

Seitens der Verwaltung wird mitgeteilt, dass die vorgelegte Berichtsvorlage auf der Basis einer Umfrage, im Wesentlichen an die Ämter der Stadt Münster, entstanden ist. Dies beinhaltet ebenfalls die genderspezifischen Daten auszuweisen, soweit diese vorhanden sind. Genderspezifische Themen wurden in unterschiedlichen Handlungsfeldern beispielhaft Seite 14, Seite 15, Seite 57, Seite 61 der Vorlage ausgewiesen. Aufgrund interner Abstimmungen wurde bei der Erstellung der Vorlage insbesondere auch zu den Bereichen der Datenlage des Amtes 40 (Amt für Schule und Weiterbildung) erneut Kontakt aufgenommen, mit der Annahme, dass ggf. bislang fehlende geschlechterdifferenzierte Daten dennoch in der Zwischenzeit existent seien. Tatsächlich gibt es eine diesbezügliche geschlechterdifferenzierte Datenlage migrationsspezifisch nicht. Eine allgemeine geschlechterspezifische Darstellung ohne migrationsspezifischen Bezug wäre in dieser Vorlage nicht zielführend.

Lediglich die Daten seitens des Jobcenters zum Thema Arbeit waren migrationsspezifisch und geschlechterdifferenziert zu erhalten. Signifikante geschlechterdifferenzierte Abweichungen sind weder in den Gesamtgrößen noch in den spezifischen Detailgruppen (Ausländer/innen, Heimatvertriebene, Aus-/Spätaussiedler/innen, sonstige Eingebürgerte und Kinder ohne persönliche aber mit vererbter Migrationsvorgeschichte vorhanden. Daher wurde auf Seite 35 eine entsprechende Zusammenfassung aus der Grunddatenmenge zur Verfügung gestellt. Im nächsten Bericht werden diese Daten geschlechterdifferenziert ausgewiesen werden, auch wenn weiterhin keine signifikanten Abweichungen festzustellen sind. Beiliegend werden diese Daten übermittelt.

Die Verwaltung wird weiterhin bemüht sein, den Anspruch des Aktionsplans zur europäischen Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf lokaler Ebene nachzukommen. Soweit zur Erstellung des Folgeberichtes geschlechterdifferenzierte migrationsspezifische Daten vorliegen, werden diese selbstverständlich eingearbeitet werden.

gez.
Köhnke „

Folgende Abbildung – Kunden des Jobcenter Münster nach Migrationsvorgeschichte geschlechterspezifisch ausgewertet - wurde thematisiert:

Abbildung 3

Kunden des Jobcenter Münster nach Migrationsvorgeschichte (weiblich)

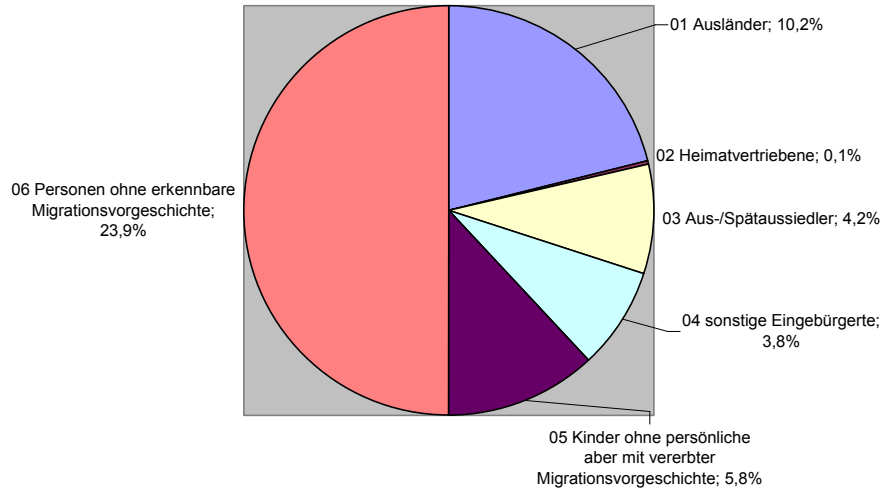
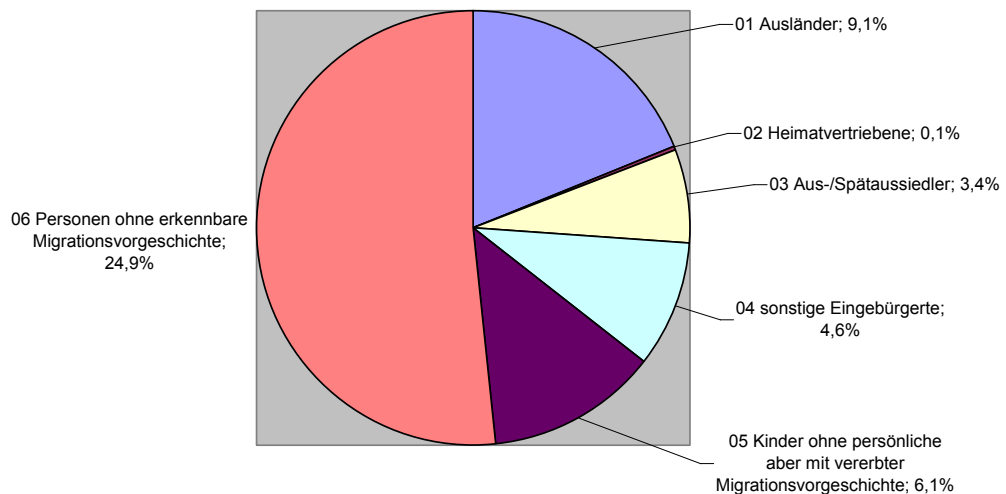


Abbildung 1

Kunden des Jobcenter Münster nach Migrationsvorgeschichte (männlich)



Die Abbildungen 3 und 4 sollen hier im Zusammenhang betrachtet werden.
Im Vergleich der Kunden und Kundinnen ergibt sich kein signifikanter Unterschied in der Verteilung innerhalb der Merkmale der Migrationsvorgeschichte. „

Es folgte die Diskussion mit Fragen an Herrn Köhnke. Die Schwierigkeiten, diesen Bericht in dieser Form zu erstellen, wurden in mehreren Redebeiträgen gewürdigt. Aber gleichzeitig wurde auch der Appell abgegeben, dass die Auswertung und die Ziele hier in der Politik auch stärker berücksichtigt werden sollten.

Herr Köhnke erläuterte auch, dass der Bericht alle 2 Jahre erstellt werden würde. Problematisch sei eben auch die Abstimmung von steuerungsrelevanten Daten. Hier sei es auch ein Lernprozess, in dem man sich befinde. Im Vergleich zu anderen Kommunen sei aber die Berichtslage damit schon vorbildlich.

Herr Köhnke wies auf eine Stelle im Bericht auf den Seiten 32, 33 hin: „Im Vergleich zur Entwicklung der Zahl der deutschen Arbeitslosen ist ablesbar, dass die Zahl ausländischer Arbeitslosen auch bei wirtschaftlichen und politischen Veränderungen nahezu konstant bleibt. Dies kann durchaus als ein Hinweis auf strukturelle Probleme hinsichtlich der Integration von Ausländern in den Arbeitsmarkt gesehen werden. (...)“ Den letzten Satz bezeichnete er als einen Schlüsselsatz, denn damit würde deutlich, dass hier bereits die strukturellen Probleme erkannt sind.

Weiter sieht er im folgendem Vergleich einen Hinweis, auf besondere strukturelle Probleme, die die Gesellschaft und die Politik zu lösen hätten, aber auch schon einige Anstöße hier greifen würden: Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Zeitraum 2005 bis 2011 ist bei den ausländischen Beschäftigten um 36% gestiegen. Im Vergleich dazu bei den deutschen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dagegen um 16%.

Das Gremium hat in der Diskussion neben den Arbeitslosenquoten auch die Sprachförderung thematisiert. Es wurde der auf der Seite 20 beschriebene Sprachfeststellungstest „Delfin 4“ besonders erwähnt.

Herr Köhnke, auf Elternintegrationskurse angesprochen, teilte mit, dass die Kurse zeitreduziert (z.B. halbtags) angeboten würden, aber im Inhalt und in der Gesamtmenge der Stunden exakt gleich seien.

In der weiteren Diskussion, in der zum Beispiel diskutiert wurde, ob das Handlungsfeld „Kinder und Jugendliche“ auf den Bereich von SGB 2-Leistungen beschränkt bliebe, oder ob es noch andere Projekte für Kinder und Jugendliche gäbe, die eine Integrationstendenz aufweisen würden, erläuterte Herr Köhnke die Aufgabenstellung von V/ Mia. Nämlich die Daten aus der Fachverwaltung zusammenzufassen. Er schlug daher vor, die weiterführende Detaildiskussion über die Ausschüsse oder / und über die Fachverwaltungen zu führen.

Herr Marinos rief das Gremium zur Abstimmung auf, mit welcher Änderung der Bericht zur Kenntnis genommen werden sollte.

Der Integrationsrat nahm den Bericht zur Kenntnis.

Außerdem beschloss der Integrationsrat einstimmig, analog zur Ergänzung aus dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung:

„Zukünftig wird in den Berichten zum Integrationsmonitoring der Stadt Münster das Handlungsfeld „Geschlechtergerechtigkeit“ mit aufgenommen“.

Bericht:

Im Jahre 2008 hat der Rat der Stadt Münster das münstersche Migrationsleitbild beschlossen (V/0026/2008).

Der „Bericht zur Umsetzung des Migrationsleitbildes“ vom August 2010 (V/0543/2010) erfasste die Ausgangslage, ordnete die qualitative Vielfalt der Integrations- und Migrationsthematik und veranschaulichte die Komplexität verwaltungsinterner Initiativen und Programme im Hinblick auf einzelne Aspekte der Integrationsarbeit erstmals in Münster. Er bereitete zudem entscheidend den Boden für das vorliegende erste Integrationsmonitoring.

Das münstersche Integrationsmonitoring folgt dabei den Beispielen einer Vielzahl anderer kommunaler Bestrebungen auf nationaler und europäischer Ebene.

Auftrag

Die Beschlussvorlage aus dem Jahr 2008 (V/0026/2008) sah unter Punkt 4.1 und 4.2 vor, dass eine nach Maßgabe der Daten- und Erkenntnislage mögliche und auf die Verhältnisse in unserer Stadt zugeschnittene Situationsanalyse (Zielgruppen, Potentiale, Problemlagen, Hilfe- und Unterstützungsangebote der Ämter, Institutionen, Einrichtungen und Träger) unter Zugrundelegung der Bewertungskriterien des Leitbildes zu erstellen ist.

Die koordinierende Federführung für den gesamten Prozess der Umsetzung des Migrationsleitbildes obliegt der Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten. Die fachspezifischen Zuständigkeiten der jeweiligen Dezernate und Ämter bleiben davon unberührt.

Begründung:

Das Integrationsmonitoring liefert einen Überblick über den derzeitigen Stand der Umsetzung des Migrationsleitbildes und der entsprechenden Datengrundlage in den verschiedenen Handlungsfeldern bis Ende 2012. Auf diese Weise wird eine wichtige Grundlage gelegt, um den Erfolg des Prozesses nachhaltig zu sichern und dem Rat sowie den entsprechenden Fachausschüssen Planungs- und Steuerungspotentiale aufzuzeigen.

Das Integrationsmonitoring wurde gemeinsam mit Ämtern der Stadtverwaltung unter der Federführung der Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten erstellt. Die Grundlagen des Berichtes sind die fortgeführten Zielsetzungsgespräche und Vereinbarungen mit den jeweiligen Ämtern in dem Zeitraum 2011 bis 2012.

**Punkt 3.3 der Tagesordnung
V/0175/2013**
**Verfahren zur Neuausrichtung der Richtlinien für
die Bezuschussung von Begegnungsstätten**

Frau Michaela Robert vom Sozialamt stellte den Bericht zum Verfahren der Neuausrichtung der Richtlinien für die Bezuschussung von Begegnungsstätten vor.

Das Gremium nahm den Bericht zur Kenntnis.

Nach dem Bericht von Frau Robert, dankte Herr Marinos für die Ausführungen.

Bericht:**Ausgangslage**

Mit Beschluss des Rates der Stadt Münster vom 19.09.2012 wurde das Maßnahmenprogramm zur Förderung von Teilhabe im Alter und zur Vermeidung von Altersarmut (V/0405/2012) einstimmig verabschiedet. Eine wesentliche Vorgabe des Programms ist die Neuausrichtung des Begegnungsstättenangebotes für alte und behinderte Menschen. Die aktuellen Richtlinien zur Förderung der Begegnungsstätten gehen auf das Jahr 1994 zurück. In den vergangenen Jahren mussten einige Begegnungsstätten aufgrund des Ausscheidens ehrenamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ihre Arbeit einstellen. Darüber hinaus sind einzelne Begegnungsangebote für ältere Menschen nicht in bestehenden Stadtteilnetzwerken integriert. Auch aus diesem Grund sollen Förderverfahren und Mittelvergabe bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Über die sog. klassische Altenbegegnung hinaus, soll eine an die Lebenslagen älterer Menschen orientierte Ausrichtung im Vordergrund stehen und ein transparenter, sozialraumorientierter Förderansatz entwickelt werden, der auch problemgeprägte Lebenssituationen älterer Menschen im Blick hat. Die aktuell gültigen Richtlinien zur Förderung der offenen Begegnungsstätten unterscheiden zwei Gruppen von Adressaten:

1. Regelmäßige Kommunikationsangebote der Alten- und Behindertenhilfe bei wöchentlichen Öffnungszeiten zwischen 3 und 19 Stunden sowie
2. wöchentliche Öffnungszeiten von mindestens 20 Stunden mit einer pauschalen Grundförderung für Aktivitäten sowie einer möglichen Miet- und Betriebskostenförderung.

Weitere konkrete inhaltliche und programmatische Vorgaben innerhalb der Richtlinien zur Förderung der Begegnungsstätten der Alten- und Behindertenhilfe bestehen nicht. Gleichwohl weisen die Richtlinien auch auf die jeweilige Bedarfs- und Nachfragesituation im Stadtteil.

Dokumentation Fachtag am 30.01.2013

Im Rahmen des Tagesworkshops „Begegnungsstätten für Seniorinnen und Senioren – Standortbestimmung und Neuausrichtung“ am 30.01.2013 im Franz-Hitze-Haus mit über 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern fand ein intensiver Austausch zur aktuellen Lage der Angebotssituation der Münsteraner Begegnungsstätten statt. In insgesamt fünf Darstellungen und im weiteren Austausch wurde die vielfältige und gute Angebotssituation der 64 Begegnungsangebote gewürdigt. Es wurde allerdings auch benannt, dass einige Stadtteile über keine adäquaten Begegnungsangebote verfügen, insgesamt zu wenig Informationen über die Fördermöglichkeiten bestehen, die z.T. festgefahrenen Strukturen zu wenig Raum für neue Kontakte bzw. neue Besucher geben, außerdem Belastungsgrenzen, der i.d.R. ehrenamtlich Tätigen und Verantwortlichen sichtbar und ein Mangel an Vernetzung im Quartier erkennbar werden. Aus den Rückmeldungen der Arbeitsgruppen und im Plenum wurden folgende Hinweise und Perspektiven für eine gelingende Arbeit in den Begegnungsstätten, immer unter Berücksichtigung demografischer und sozialräumlicher Kriterien, gegeben:

- Der Wunsch nach mehr verbindlicher Information und Beratung in den Begegnungsstätten über die Unterstützungsmöglichkeiten im Stadtteil, verbunden
- mit einer einzelfallbezogenen Vermittlungen von Hilfen durch Kooperation mit anderen im Stadtteil tätigen Anbietern und Diensten
- Die Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung von ehrenamtlich Tätigen
- Eine zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit dem Seniorenportal Münster
- Eine klare Definition von Begegnungsstättenarbeit
- Der Wunsch nach stärkerer Vernetzung und die Mitwirkung in den stadtteilbezogenen Arbeitskreisen „Älter werden in...“
- Die Öffnung der Begegnungsstätten durch niedrigschwellige Zugänge und einem erreichbaren Angebot auch für einkommensschwache Personen

- Angebote für ältere Menschen mit Behinderung sowie für ältere Menschen mit Migrationsgeschichte
- Wunsch nach einem grundsätzlichen Austausch und einer stärkeren Vernetzung der Begegnungsstätten untereinander
- Möglichst tägliche Öffnungszeiten
- Subjekt- als auch Objektförderung zulassen und Raum für Innovationen und Projekte geben
- Wunsch nach Eigenverantwortung und Flexibilität und kein Mehr an Bürokratie.

Maßnahmenprogramm Begegnung, Teilhabe, Partizipation

Die Ziele und Aufgaben der offenen Alten- bzw. Seniorenarbeit bezeichnet der Deutsche Verein als „die Summe all jener Einrichtungen, Maßnahmen, Angebote und Veranstaltungen, die sich nicht ausschließlich oder vorrangig auf die Erbringung professioneller Pflegehilfen beziehen, sondern eher dem Bereich der allgemeinen Beratung, des Wohnens, der Freizeitgestaltung und Beschäftigung und der damit verbundenen Probleme und Hilfebedarfe Älterer zuzurechnen sind.“¹ Die wesentliche Herausforderung für die Stadt Münster, die Träger der Freien Wohlfahrtsverbände, die Kirchengemeinden, die Kommunalen Seniorenvertretung u.a. besteht darin, älter werdenden, alten und hochbetagten Menschen ein möglichst langes, selbständiges Leben zu ermöglichen und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu fördern, zu erhalten und zu unterstützen. Hier haben die Begegnungsstätten eine bedeutende Funktion. Sie sind Einrichtungen der offenen Altenhilfe, die dem Bedürfnis der älteren Menschen nach Kommunikation, Information, Freizeitgestaltung, Partizipation, Bildung und Betätigung nachkommen. Angebotsstruktur, Zugang und Erreichbarkeit sowie Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit sind die wesentlichen Elemente der Begegnungsstättenarbeit:

a) Angebot

- Entwicklung einer nachfrageorientierten, wohnortnahen, bedarfsdeckenden und nachhaltigen Angebotsstruktur
- Förderung und Erhalt geistiger und körperlicher Gesundheit und Mobilität
- Orientierung an der Integration älterer Menschen in das Gemeinschaftsleben
- Erhalt der Selbstständigkeit älterer Menschen durch ergänzende Information und Beratung
- Anerkennung von Autonomie – zur Förderung des Wohlbefindens der älteren Generation

b) Zugang und Erreichbarkeit

- Öffnungszeiten mit offener Tür
- Niedrigschwelliger Zugang und barrierefreie Ausstattung
- Bereitstellung kostenloser Angebote
- Berücksichtigung der Interessen aller Altersgruppen (55 – 90)
- Achtung herkunfts-, behinderungsbedingter und geschlechterspezifischer Unterschiede

c) Vernetzung und Öffentlichkeit herstellen

- Beteiligung an Quartiers- und Stadtteilnetzwerken
- Nachhaltige Kontaktaufnahme zur stadtteilorientierten sozialen Arbeit, den Sozialbüros der Kirchengemeinden, den Initiativen „Von Mensch zu Mensch“ und weiteren Anbietern der offenen Altenhilfe im Stadtteil
- Aufbau eines Netzwerkes Begegnungsstätten für ältere Menschen in Münster und Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsangeboten

¹ Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2000): Weiterentwicklung der offenen Altenhilfe, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins (NDV), Nr. 2, Berlin

Weiteres Verfahren zur Entwicklung von Förderzielen bzw. Richtlinien

Eine wesentliche strukturelle Voraussetzung ist die kleinräumige und wohnortnahe Planung von Kommunikations- und Begegnungsräumen für ältere Menschen, mit dem Ziel, Mitbestimmung und Mitverantwortung der ehrenamtlich Tätigen, bei Bedarf auch durch hauptamtliche Expertinnen und Experten begleiteten Selbstorganisationsprozessen, nachhaltig zu entwickeln. In diesem Zusammenhang muss deutlich werden, dass die Qualität der offenen Altenarbeit, auch in Begegnungsstätten, maßgeblich und vorbeugend die Qualität der Altenhilfe insgesamt mitbestimmt. Mit der Erweiterung und Erneuerung des Angebotsprofils der bestehenden Einrichtungen werden die genannten neuen Bedarfe aufgegriffen und weiterentwickelt. Für begleitende Maßnahmen, durch Öffentlichkeitsarbeit und Workshops auf Stadtteilebene werden in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 jeweils 7.500,00 € zur Verfügung gestellt. Hier werden die Ergebnisse des Fachtages vom 30.01.2013 aufgegriffen und als wichtige Kriterien für zukünftige Richtlinien zur Förderung der Begegnungsangebote für ältere Menschen dienen. Eine alleinige Ausrichtung auf die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren, oder älterer Menschen mit Behinderung ist im Sinne einer generationengerechten Entwicklung der Stadtteile und Quartiere möglichst zu vermeiden, um nicht Parallel- und kostenintensive Doppelstrukturen aufzubauen. Positive Beispiele sind hier die Mehrgenerationenhäuser der ev. Apostelkirchengemeinde in der Innenstadt und das Mütterzentrum MUM in Gievenbeck. Am Entwicklungsprozess beteiligt werden ebenso Seniorenbüros und Angebote der offenen Altenhilfe, die unabhängig von städtischen Zuschüssen tätig sind. Wesentliche Berührungspunkte ergeben sich ebenfalls zur Initiative „Von Mensch zu Mensch“ und zur Freiwilligenagentur der Stiftungsverwaltung der Stadt Münster. Darüber hinaus sind Befragungen aller Begegnungsstätten und Evaluierungen einzelner Begegnungsstättentypen z.B. in Zusammenarbeit mit den Hochschulen in Münster, begleitet durch einen Beirat aus den Verbänden der Wohlfahrtspflege, der Kommunalen Seniorenvertretung Münster, der Kirchen und weiteren Vertretern bzw. Expertinnen und Experten der Stadtteilarbeitskreise vorgesehen. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit, auch im Seniorenportal Münster, soll diesen Prozess begleiten.

Die Verwaltung wird den zuständigen Gremien voraussichtlich bis Anfang kommenden Jahres Eckpunkte für neue Förderrichtlinien zur Verfügung stellen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Entscheidungen

Punkt 4.1 der Tagesordnung V/0210/2013

Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten

Es fand keine Diskussion zu den vorgeschlagenen Beträgen statt.

Der Integrationsrat stimmte den vorgeschlagenen Zuschussbeträgen einstimmig zu.

I. Sachentscheidung:

Zu folgenden Veranstaltungen soll ein Zuschuss gewährt werden:

Lfd. Nr.	Zuschuss an:	Zuschuss / Beschluss für:	Betrag in €	Anmerkung:
11	Solidarität Niger e.V.	Kultureller Abend am 15.06.2013 mit der Gruppe von Minyeshu aus Äthiopien.	500,00	1.585,00 €
12	Afrika Kooperative e.V. Münster	13. Afrika Festival vom 13.06. – 23.06.2013	600,00	1.906,50 €
13	Tamilischer Kultur- und Sportverein Münster e.V.	Veena Konzert in der Aula des Schiller-Gymnasiums am 09.03.2013	900,00	2.120,00 €
14	Studierendenpfarramt Münster	Podiumsveranstaltung zum Thema „Kamerunisch-deutsche Beziehungen konkret: kamerunische Freemovers in Münster“ am 27.04.2013	300,00	300,00 €
15	Talant Münster e.V.	Kulturveranstaltung: Ausstellung „Heinrich Heine und Sergej Esenin – Alle Dichter sind vom gleichen Blut“	350,00	ca. 350,00 €
16	Deutsch-Ungarische Gesellschaft Münster e.V.	Ungarische Filmtage im Cinema – Einladung von Herrn Dr. M. Kluth	350,00	Ca. 480,00 €
17	Jose Antonio Gimenez Salinas für Arbeitskreis Lateinamerika	Veranstaltung „Aus jedem Garten eine Blüte“ – lateinamerikanischer Literaturabend am 17.04.2013	120,00	120,00 €
18	Indischer Filmclub Münster UG, i.V. Frau Kerstin Stienermann und Deutsch-Indische Gesellschaft	1. Indisches Filmfest Münster 24.04 – 28.04.2013	500,00	500,00 € (Ungedeckte Summe; bereits 5.300 € Fördermitteln erhalten)
19	Gesellschaft zur Förderung der deutsch-russischen Beziehungen Münster/Münsterland e.V. - Gudrun Wolf (Mitglied des Vorstandes)	Russische Filmtag Münster – Schirmherrschaft: Ministerin Svenja Schulze	800,00	800,00 €
20	Elvira Ajvazi	Herdelezi Fest am 05.05.2013	300,00	1.390,00 €

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten in Höhe der Mittelbewilligung entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen

Produktgruppe	0116	Migrations-und Integrationsma- nagement	2013	4.720,00	
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
Insgesamt:				4.720,00	

Begründung:

Die Verwaltung legt hiermit die Auflistung der bei der Geschäftsstelle des Integrationsrates vorliegenden Anträge auf Bezuschussung von Veranstaltungen und Projekten vor, über die ein Beschluss aussteht.

Die Zuschussbeiträge basieren auf Vorschlägen des Vorsitzenden des Integrationsrates.

**Punkt 4.2 der Tagesordnung
V/0252/2013**
**Wahl des/der 2. stellvertretenden Vorsitzenden des
Integrationsrates**

Nach kurzer Einleitung durch den Vorsitzenden und dem Aufruf, nun Vorschläge zur Neuwahl zu machen, wurde Frau Sylvie Eschkotte vorgeschlagen.

Es wurde kein Gegenkandidat gemeldet, noch meldete sich ein weiteres Mitglied zur Wahl an.

Herr Marinos fragte Frau Eschkotte, ob Sie die Aufstellung zur Wahl zur 2. stellvertretenden Vorsitzenden annehmen wollte. Frau Eschkotte erklärte sich bereit.

Der Integrationsrat wählte Frau Sylvie Eschkotte einstimmig zur 2. stellvertretenden Vorsitzenden.

Begründung:

Die bisherige 2. stellvertretende Vorsitzende des Integrationsrates, Frau Aynur Küçük, hat mit Datum vom 12.02.2013 ihr Amt niedergelegt.

Der Integrationsrat wurde in der Sitzung vom 13.02.2013 darüber in Kenntnis gesetzt.

Mehrheitlich wurde beschlossen, die Neuwahl auf die übernächste Sitzung (24.04.2013) zu terminieren.

**Punkt 4.3 der Tagesordnung
V/0254/2013**
Gewährung eines pauschalen Auslagenersatzes

Herr Tsakalidis würdigte an dieser Stelle die Arbeit des Vorsitzenden, Herrn Spyros Marinos. So sei er in stetigen Kontakt mit den Vereinen und habe genaue Kenntnisse über deren Aktivitäten. Durch seine Arbeit und seine ständige Präsenz bei allen Veranstaltungen sei es möglich, dass die Arbeit des Integrationsrates auch in der Öffentlichkeit einen hohen Stellenwert habe. So sei es auch im Interesse des Gremiums, dass seine Auslagen, die in diesem Rahmen von Herrn Marinos unternommen werden würden, wie Telefonkosten, Fahrtkosten, Sach- und Büromaterial, auch erstattet werden.

Das Gremium wurde zur Abstimmung aufgefordert.

Das Gremium entschied einstimmig (bei einer Enthaltung), dem Vorsitzenden diesen pauschalen Auslagenersatz zu gewähren.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Dem Vorsitzenden des Integrationsrates wird zum Ausgleich der Auslagen, die ihm bei der Ausübung seiner Tätigkeit im Verlauf des Jahres entstehen, für das Jahr 2013 eine Pauschale in Höhe von 3.000 Euro zur Verfügung gestellt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten in Höhe von 3.000 Euro entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Auszahlungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations- und Integrations- mangangement			
Teilfinanzplan (Zeile)	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2013	3.000,00	
Investitionsmaßnahme					
Insgesamt:				3.000,00	

Begründung:

„Dem Vorsitzenden des Integrationsrates entstehen im Rahmen der Ausübung seiner Tätigkeit gerade im Hinblick auf die vielfältigen Veranstaltungen des Integrationsrates sowie den Interkulturellen Wochen regelmäßig Auslagen.“

Zum Ausgleich dieser Auslagen wird dem Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Spyros Marinos, der Verfahrensweise der vergangenen Jahre entsprechend, für das Jahr 2013 eine Pauschale in Höhe von 3.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Mit dem Beschluss soll der geübten Praxis Rechnung getragen werden.“

Herr Ahmet Özdemir berichtete, dass für die Justizvollzugsanstalt eine neue Liegenschaft gesucht wird.

Herr Özdemir berichtete weiter von einem Interview im Deutschen Radiokultur-Sender, in dem von ausländischen Inhaftierten in Münster berichtet wird. Er hat einen Mitschnitt des Interviews, den er gerne zur Verfügung stelle.

Herr Saber berichtete aus dem Schulausschuss.

So seien dort wichtige Fragen gestellt worden und es seien auch neue Mitglieder bestellt worden.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

1. Überall dabei – das inklusive Filmfestival

Frau Robert wies bereits im Anschluss Ihres Wortbeitrages zur eingebrachten Vorlage auf das von Ihr mitgebrachte Programmheft „**Überall dabei – das inklusive Filmfestival**“ für den Zeitraum **25.04.2013 – 06.05.2013** hin. Sie hatte dieses Programmheft für alle Gremiumsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

2. Glücksspielsucht - Hotline

Herr Mehmet Akif Cetinkaya berichtete, dass das Land NRW eine neue Hotline anbietet, die zum Thema Glücksspielsucht informiert: Jetzt auch in Türkisch.

Den Mitgliedern soll die Information im Verteiler über die Geschäftsstelle weiter gegeben werden.

Diese Internetseite informiert: <http://www.gluecksspielsucht.de> .

3. Bezahlbarer Wohnraum in Münster

Herr Özdemir und Herr Tsakalidis thematisierten die zunehmenden Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt. Es sei wichtig, dass sich auch das Gremium diesem wichtigen gesellschaftlichen Problem annimmt.

4. Studium in Deutschland von syrischen Staatsangehörigen

Herr Marinos berichtet von einem Fall, in dem ein syrischer Asylbewerber hier studieren möchte. Das Problem: Mit dem Status als Asylbewerber ist ein Studium nicht möglich. Herr Marinos versucht, ihn bei seinem Wunsch zu unterstützen.

Herr Marinos erklärte um 20.30 Uhr die Sitzung für beendet.

gez.
Spyridon-Paul Marinos
Vorsitz

gez.
Regina Etienne
Schriftführung

